

Dringliche Motion 283

Eingang Stadtkanzlei: 4. April 2019

Anpassung der Gemeindeordnung (Ziel Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030)

Die Motionäre sind der festen Überzeugung, dass der globalen Klimakrise mit einer entschlossenen Politik begegnet werden muss. Dabei reicht es nicht, sich mit symbolischen Handlungen aus der Verantwortung zu stellen. Was es braucht, ist ein konkretes Ziel, netto Null CO₂-Emissionen bis 2030, welches in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden soll. Die Motionäre sind der Meinung, dass breite Bevölkerungskreise erkennen, dass dem real existierenden Klimanotstand nur mit konkreten Veränderungen in der Politik begegnet werden kann. Die Erkenntnisse der Wissenschaft und das Pariser Klimaabkommen sollen in der Stadt Luzern umgesetzt werden.

Die Stadt Luzern berichtet mittels einer Bilanzierung, welche weder Senken noch ausländische Emissionsminderungszertifikate berücksichtigt, über den Umsetzungsstand. Zertifikate im Ausland lehnen wir ab. Jedoch stellt sich die Frage bzgl. der Systemgrenze, inwiefern eine Stadt ihre CO₂-Bilanz nicht auch mit dem direkten Umland koordinieren muss. Übergeordnetes Ziel bleibt die Vorgabe des Klimaschutzübereinkommens von Paris, das einen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C bzw. 1.5°C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter begrenzen möchte.

Netto Null bedeutet, dass keine fossilen Emissionen mehr in die Atmosphäre gelangen. Für die Stadt Luzern bedeutet dies, dass wir unseren Primärenergieverbrauch bei der Mobilität, bei Gebäuden, beim Konsum, bei der Siedlungsentwicklung und der Energieversorgung konsequent ohne fossile – wie auch nukleare – Energie abdecken. Die Massnahmen sollen sozialverträglich umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass die gemeinsame Zielerreichung nicht dazu führen darf, dass Haushalte mit tiefen Einkommen überproportional belastet werden, etwa z. B. durch Kostensteigerung bei der Miete.

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat einen Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 vorzulegen, welcher eine stringente Klimapolitik in der städtischen Verfassung festlegt. Die Stadt Luzern setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Ziel, bis ins Jahr 2030 eine Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf netto Null zu erreichen. Sie setzt sich dabei bei Kanton und Bund für die notwendigen Rahmenbedingungen ein und bezieht die Wirtschaft und Private aktiv mit ein.

Die Präambel soll so formuliert werden, dass die notwendigen Grundlagen für eine Umsetzung kommunaler Massnahmen klar und widerspruchsfrei verankert sind.

Jules Gut und András Özvegyi
namens der GLP-Fraktion